

IM RAT DER STADT DORTMUND

Blick auf den Rat der Stadt Dortmund am 13. Februar 2020

Vergleich mit der Deutschen Umwelthilfe

Das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Dortmund und die Deutsche Umwelthilfe haben sich im Klageverfahren der DUH zum Luftreinhalteplan der Stadt Dortmund auf einen Vergleich geeinigt. Mit den Stimmen unserer Fraktion hat der Rat der Stadt Dortmund den Ergebnissen der Vergleichsverhandlungen zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen beauftragt.

Der umweltpolitische Sprecher unserer Fraktion, Uwe Waßmann, hob hervor, dass es mit dem gefundenen Vergleich gelungen sei, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge abzuwenden. Waßmann zeigte sich zuversichtlich, dass es mit dem verabredeten Maßnahmenbündel gelingen werde, die NO₂-Grenzwerte einzuhalten. Der zustande gekommene Vergleich sei Beleg dafür, dass die Stadt bereits viele überzeugende Maßnahmen eingeleitet habe. Zu einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität würden zudem der Austausch alter Fahrzeuge und abnehmende Hintergrundemissionen beitragen. Wegen der nicht übersehbaren Folgen für die angrenzenden (Wohn-)Bereiche haben wir uns

- in Bezug auf das vorgesehene ganztägige Durchfahrtsverbot für LKW größer 7,5 Tonnen auf dem Rheinlanddamm (B1) sowie
- hinsichtlich der Einrichtung einer Umweltpur (für ÖPNV, E-Autos und Fahrräder) auf der Brackeler Straße in Fahrtrichtung Borsigplatz

enthalten. Wir befürchten die Entstehung nicht unerheblicher Ausweichverkehre.

Der Vergleich beinhaltet zwei Maßnahmenpakete. Das sofort umzusetzende „Maßnahmenpaket 1“ umfasst u. a. folgende Punkte:

DO kann mehr!

- Rheinlanddamm (B1):
 - Ausdehnung des nächtlichen Durchfahrverbots für LKW größer als 7,5 Tonnen auf 24 Stunden.
 - Geschwindigkeitsreduzierung für die Auffahrtsrampe von der Märkischen Straße von 50 auf 40 km/h (ab I. Quartal 2020).
 - Blitzeranlage in Höhe Westfalahallen (bereits in Betrieb).
- Brackeler Straße:
 - Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h zwischen „Borsigplatz“ und „Im Spähenfelde“ (ab I. Quartal 2020).
 - Einrichtung einer Umweltspur (für ÖPNV, E-Autos u. Fahrräder) auf dem nördlichen Fahrstreifen in Fahrtrichtung Borsigplatz, dadurch entfällt eine Fahrspur stadtauswärts (kurzfristig, spätestens bis Februar/März 2020).
 - Anlage zur Überwachung der Geschwindigkeit und des bestehenden Lkw-Durchfahrverbotes (bereits in Betrieb).

Ziel: Verkehrsreduzierung bis zu 20 Prozent

- Ruhrallee:
 - Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 zwischen Wall und Rheinlanddamm. Diese Maßnahme wird durch eine Veränderung der Ampelschaltungen begleitet. Längere Rot-Phasen lassen weniger Verkehr in Richtung Innenstadt fließen.
 - Die Stadt Dortmund wird eine Dauerzählstelle zur Erfassung der Verkehrsmengen auf der Ruhrallee einrichten (bis spätestens 31. Mai 2020).

Ziel: Verkehrsreduzierung rund 21 Prozent

Darüber hinaus zählen zu den im Maßnahmenpaket 1 enthaltenen Vorhaben zahlreiche bereits beschlossene Maßnahmen u. a. aus dem „Masterplan Mobilität“ mit seinen verschiedenen Teilkonzepten wie „Elektromobilität für Dortmund“ und „Mobilitätsmaßnahmen zur Luftreinhaltung“ sowie das Projekt „Emissionsfreie Innenstadt“.

Das „Maßnahmenpaket 2“ kommt zum Tragen wenn die NO₂-Grenzwerte wider Erwarten an einzelnen Messstellen im

Jahresmittelwert 2020 weiter überschritten werden. Dazu gehören dann u. a. folgende Maßnahmen:

- Rheinlanddamm (B1):
LKW-Fahrverbot schon für LKW ab 3,5 Tonnen
- Brackeler Straße: Optimierte Ampelsteuerung (Pfortnerung)
- Ruhrallee: Steuerung des Verkehrs durch zusätzliche Ampelprogrammierung nördlich der B1 (Pfortnerung).

**Ein Gebot humanitärer, christlicher Hilfe:
Einmalige zusätzliche Aufnahme von 20 bis 30 Flüchtlingen**

Zugestimmt haben wir dem Verwaltungsvorschlag, einmalig 20 bis 30 vor allen Dingen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Flüchtlingscamps zusätzlich aufzunehmen.

Angesichts der unhaltbaren Zustände sei es ein Gebot zu handeln, so Thomas Bahr, dazu beizutragen die Not zu lindern und insbesondere denen eine Chance zu geben, die am meisten unter der Situation zu leiden hätten, nämlich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Bahr betonte, dass unsere Gesellschaft damit nicht überfordert würde. Er erinnerte daran, dass es auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung im Zusammenwirken mit ehrenamtlichen Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderen Akteuren der Stadtgesellschaft in Dortmund gelungen sei, Tausenden von Flüchtlingen eine friedliche und menschenwürdige Bleibe zu bieten und die Integration der Menschen zu begleiten.

Insoweit die jetzt vom Rat beschlossene Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge in den Zusammenhang der Initiative „Seebrücke“ gestellt wird, bleibt unsere Fraktion bei ihrer skeptischen Haltung. Viel wichtiger als die eher symbolische Solidarisierung mit der „Seebrücke“ ist es, in der Flüchtlingsfrage endlich die notwendige gesamteuropäische Solidarität herzustellen.

Resolutionen: Kosten und Verteilung von Flüchtlingen

Dem Rat der Stadt Dortmund lag eine Resolution der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie Linke & Piraten vor. In der Resolution an die nordrhein-westfälische Landesregierung geht es um die Übernahme der Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Integration sowie die gerechte und transparente Verteilung von Flüchtlingen in NRW.

Auch wir sehen, dass in Nordrhein-Westfalen die finanzielle Hauptlast der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen derzeit von den aufnehmenden Städten und Gemeinden getragen wird. So trägt Dortmund derzeit 72% der flüchtlingsbezogenen Kosten selbst. Deshalb bedarf es dringend einer Neuregelung der Flüchtlingsfinanzierung. Handlungsfelder sind eine Erhöhung der Flüchtlingspauschale für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Asylverfahren und eine zeitlich unbegrenzte Erstattung der Kosten für geduldete Flüchtlinge. Darüber hinaus dürfen die Kommunen bei der Finanzierung der Daueraufgabe der erfolgreichen Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in ihren finanziellen Anstrengungen nicht alleingelassen werden.

Allerdings, so er finanzpolitische Sprecher unserer Fraktion, Udo Reppin, seien aber auch die Leistungen der schwarz-gelben Landesregierung zur Entlastung der Kommunen anzuerkennen. In Unterschied zur rot-grünen Vorgängerregierung seien beispielsweise die Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes im vergangenen Jahr erstmals in voller Höhe an die Kommunen weitergereicht worden. Darüber hinaus dürfe nicht vergessen werden, dass der Bund sich ein erhebliches Stück aus der Finanzierung der Kosten der Flüchtlingsbetreuung und Integration zurückgezogen habe. Deshalb stelle die CDU-Fraktion einen eigenen Resolutionstext zur Abstimmung.

Die Mehrheit des Rates stimmte unserem Resolutionstext mit Ausnahme der Ziffer 3 zu: [Resolution der CDU-Fraktion](#)

Überregionaler Integrations-, Gesundheits-, Sport und Freizeitpark

Mit der Unterstützung unserer Fraktion sollen Hoeschpark und Freibad Stockheide im Rahmen des Programms Soziale Stadt Dortmund Nordstadt zu einem überregionalen Integrations- Gesundheits- Sport- und Freizeitpark entwickelt werden. Sport- und Tennisheim erfahren eine Aufwertung und sollen an Aufenthaltsqualität gewinnen. Sie werden für eine multifunktionale Nutzung zeitgemäß ertüchtigt. Geplant ist außerdem ein 1,5 km langer „Loop“ durch den Park. Entlang der eingefärbten Laufstrecke sind neue nicht-vereinsgebundene Sport- und Spielmöglichkeiten (u. a. Boulderwand, Sprintstrecke, Outdoor-Fitness Elemente, etc.) vorgesehen, die allen offen stehen. Ziel ist es, den Hoeschpark als Entspannungsort und sportliche Wirkungsstätte für die Bevölkerung in der Nordstadt zu stärken und weiterzuentwickeln. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme werden zu 90% von EU, Land und Bund gefördert.

Hier geht es zur Vorlage der Verwaltung: [Entwicklung des Hoeschparks und des Freibads Stockheide zu einem überregionalen Integrations-Gesundheits-, Sport- und Freizeitpark.](#)

Rund 100 Mio. Euro für Dortmunds Sport- und Turnhallen

Begrüßt haben wir den 2. Sachstandsbericht zum Sporthallenprogramm und Sanierungsfahrplan für die Dortmunder Turn- und Gymnastikhallen. Fast 100 Millionen Euro stark ist das „Fitnessprogramm“ für unsere Sporthallen. Unsere Fraktion steht hinter den Projekten, die von kleineren Maßnahmen wie Bodenenerneuerungen bis hin zu Abbruch und Neubau von Sportstätten reichen.

So haben wir bereits im Dezember 2019 für den Neubau einer Dreifachsporthalle auf dem Sportplatz an der Gesamtschule Gartenstadt gestimmt. In der Innenstadt-Ost fehlen zum einen Hallenkapazitäten für den Schulsport. Zum anderen wird die geplante Halle wegen ihrer zentralen, gut erreichbaren Lage als Ersatz- und Ausweichquartier für die von Sanierungsmaßnahmen betroffenen Sporttreibenden dienen können.

Mit der vorgesehenen bundesligatauglichen Vierfachsporthalle am Standort Unionstraße/Übelgönne in der westlichen Innenstadt erfüllt sich unsere Forderung einer modernen und gut ausgestatteten Ballsporthalle. Die geplante Sportarena mit einer Zuschauertribüne für 3.250 Menschen schließt eine Lücke in der Sportinfrastruktur Dortmunds.

Die Sporthalle Hörde „Konrad-von-der-Mark“ soll durch einen Neubau ersetzt werden mit größerer Tribünenanlage, Kraft- und Gymnastikraum.

Die Finanzierung der Maßnahmen wird unterstützt mit Mitteln des Bundes (Kommunalinvestitionsförderungsprogramm Kapitel 2, „KIF 2“) und Landes („Gute Schule 2020“)

Genehmigung des Doppelhaushalts 2020 / 2021

Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Ullrich Sierau, informierte die Mitglieder Rates über die Genehmigung der vom Rat der Stadt Dortmund in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 beschlossene Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung Arnsberg.

In einer ersten Stellungnahme hatte sich Udo Reppin, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, bereits nach der Sitzung des Finanzausschusses am 6. Februar 2020 geäußert:

„Die Genehmigung des Doppelhaushalts ist eine gute und wichtige Nachricht für unsere Stadt: Wir bleiben als Kommune handlungsfähig, können in den nächsten Jahren kräftig investieren und unsere Stadt weiterentwickeln. Wir können auch in den nächsten beiden Jahren selbstverwaltend handeln, gestalten und entscheiden. Ohne Diktat von außen. Dies ist der große Unterschied zu vielen anderen Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen.

Die Genehmigung des Doppelhaushalts ist für uns eine Bestätigung unserer Haushaltspolitik. Ausdrücklich hebt der Regierungspräsident in seiner Begründung den von uns initiierten **„Zukunftspakt – Die Stadt zuerst“ (Memorandum)** hervor. Dank unseres Zukunftspakts sind den letzten vier Jahren rund 68 Mio. Euro strukturell und nachhaltig eingespart worden, ohne Steuererhöhungen, ohne

Leistungskürzungen, ohne bei Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten zu sparen. Ohne diese Einsparungen befänden wir uns möglicherweise in der Haushaltssicherung.

Die Empfehlung des Regierungspräsidenten, diese Anstrengungen fortzusetzen, greifen wir gerne auf. Dies entspricht genau unserer Forderung in den letzten Haushaltsberatungen. Wir haben uns dafür ausgesprochen, in der neuen Wahlperiode des Rates über eine Neuauflage des „Memorandums“ nachzudenken.

Bestätigt fühlen wir uns auch in unserer Haushaltsforderung, zu prüfen, inwieweit durch Altersfluktuation und zunehmende Digitalisierung der Verwaltung ein weiterer Stellenaufwuchs bei der Stadt eingedämmt werden kann. Auch der Regierungspräsident wirft die Frage auf, ob ein stetiger Anstieg der Personalaufwendungen durch immer mehr Stellen so dauerhaft fortgeführt werden kann. Wir erwarten in dieser Hinsicht eine gewisse ‚Digitalisierungsrendite‘.

Wir freuen uns über die schnelle Genehmigung des Doppelhaushalts. Ziel unserer Fraktion bleibt aber, über einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt mittelfristig auch in den Abbau von Schulden zu kommen.“

Fußballmuseum

Wir haben den Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Fußballmuseums und zu den erzielten Wertschöpfungseffekten zur Kenntnis genommen. Danach belegt eine aktuelle Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr e. V. (dwif): Mit 200.000 Besuchern, nationaler Werbung über TV-Formate und der regelmäßigen Pokalauslosung ist Dortmund auf der „mentalen Landkarte“ des nationalen Städtetourismus angekommen. Insgesamt entsteht dadurch ein jährlicher direkter Umsatz durch die Besucher des Fußballmuseums in Höhe von 5,1 Mio. €, von dem insbesondere der Einzelhandel, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie der Dienstleistungssektor in der Stadt profitieren. Im Vergleich zu anderen Museen und Erlebniseinrichtungen verzeichnet das Fußballmuseum laut Bericht hervorragende Umsatz- und Besucherwerte.

Trotzdem gibt es einen finanziellen Knackpunkt, der im Mittelpunkt der Beratungen stand: Die Einnahmen aus Ticketing, Veranstaltungen,

Besucherprogrammen etc. sowie das bisherige finanzielle Engagement der Gesellschafter Stadt und DFB reichen nicht aus, um die Ergebnisbelastung durch die Abschreibungen auszugleichen.

Angesichts der Ausstrahlungskraft und der überaus positiven Effekte des Museums für unser Stadtimage und unsere Stadtwirtschaft haben wir dem folgenden Beschluss des Rates zugestimmt:

Der Rat der Stadt Dortmund

1. beschließt, nach § 83 Abs. 2 GO NRW für das Geschäftsjahr 2019 überplanmäßig Mittel in Höhe von 727 T€ für das Deutsche Fußballmuseum bereit zu stellen,
2. ermächtigt die Verwaltung für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 einen Verlustausgleich in Höhe von jährlich 900 T€ maximal jeweils im laufenden Jahr vorschüssig nach Erfordernis und Behandlung im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften als Abschlagszahlung auszuführen.
3. Zum Deutschen Fußballmuseum werden dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften von der Verwaltung jeweils Quartalsberichte in nichtöffentlicher Sitzung vorgelegt.

**Robert-Bosch Berufskolleg:
Neuer Bildungsgang „Fachoberschule Informatik“**

Wir begrüßen die Errichtung des neuen Bildungsgangs „Fachoberschule Informatik“ (Klassen 11 und 12) am Robert-Bosch-Berufskolleg als Schulversuch zum Schuljahr 2020/21. Die Errichtung des Bildungsgangs soll einen Unterbau für anspruchsvolle duale Berufsausbildungen im IT-Bereich schaffen, da Jugendliche mit dem mittleren Abschluss dazu in der Regel keinen Zugang finden. Dies soll sich mit dem neuen Bildungsgang ändern.

[Fachoberschule für Informatik](#)

Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken

Im Wesentlichen drehten sich die Beratungen des Verwaltungsvorschlages zum Verfahren bei der Bereitstellung von städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau um die Frage, ob diese im Wege des Erbbaurechts vergeben werden sollten. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat der wohnungspolitische Sprecher Uwe Waßmann. Dieser machte deutlich, dass ein Erbbaurecht für potenzielle Investoren kaum attraktiv sei. Das beste Beispiel dafür, dass Investoren den Kauf von Grundstücken bevorzugen, sei die Entwicklung des Hafengebietes. Unsere Fraktion unterstützt den von der Verwaltung erarbeiteten Verfahrensweg: [Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken der Stadt Dortmund](#)